

AUSGABE VOM 10. NOVEMBER 2023

Zerstörte Hamas-Geisel-Plakate: Bundespolizei ist „sensibilisiert“

Weltweit kleben Plakate der 200 aus Israel von der Hamas nach Gaza verschleppten Geiseln. Die Porträts der Entführten erinnern an die Barbarei der Hamas-Terroristen vom 7. Oktober – und daran, dass Israels Bodenoffensive auch dazu dient, sie zu befreien. Islamisten und Linksextremisten leugnen dies, reißen in vielen Ländern Plakate von Wänden ab. In Berlin hatte SPD-Innensenatorin Spranger absurderweise das Verhalten von Polizisten gebilligt, die wegen „Verstoßes gegen die Impressumspflicht“ derartige Plakate zerstörten. Wie das die Bundesregierung beurteilt, wollte der CDU-Innenexperte Michael Breilmann wissen. Das Bundespolizeipräsidium habe seine regionalen Direktionen hinsichtlich der Rechtslage an Bahnhöfen und Flughäfen „sensibilisiert“, teilt das BMI in seiner Antwort mit. Es werde „einzelfallbezogen geprüft“. „Für mich gilt: Wir stehen fest an der Seite der Opfer“, so MdB Breilmann.

Antisemitismus bekämpfen: CDU/CSU will härtere Strafen

Der Bundestag hat in einer vereinbarten Debatte zum Thema „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“ am Donnerstag den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland angemahnt. Die CDU/CSU forderte härtere Strafen für antisemitische Straftaten und brachte angesichts des Terrors der Hamas einen Leitantrag zur Solidarität mit Israel ein. „Der Kampf gegen Judenhass auf unseren Straßen gehört nicht nur ins Plenarprotokoll, sondern mit konkreten Maßnahmen ins Bundesgesetzblatt“, sagte CSU-Landesgruppenchef Dobrindt. Unter anderem forderte er, Antisemitismus als besonders schweren Fall der Volksverhetzung einzustufen

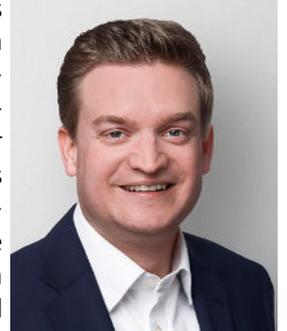


NRW handelt: Mehr Geld für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen ist Teil eines Zehn-Punkte-Plans der Regierung Wüst, über den die NRW-Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auch CDU-MdB Breilmann in Berlin informierte. (Bild: privat)

und mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten zu belegen. Antisemitische Straftaten von Ausländern müssten zu deren Ausweisung führen. Doppelstaatlern, die antisemitische Straftaten begehen, müsse die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden. Wer nicht friedlich mit den Juden zusammenleben wolle, der könne auch nicht in Deutschland leben, erklärte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, Fachsprecher seiner Fraktion für Antisemitismusbekämpfung, anlässlich des Jahrestages der „Reichspogromnacht“ in Berlin. Für diejenigen, die den Terror unterstützten und die die Einführung eines Kalifats in Deutschland, wie zuletzt bei einer Demo in Essen, verlangten, habe er nur eine Botschaft: „Null Toleranz gegenüber denen, die unsere freie Gesellschaft abschaffen wollen. Wir müssen wehrhafter werden, nach außen wie nach innen. Gerade unsere Polizei leistet Großartiges, trotz enormer Belastung!“ In ihrem von Breilmann mitinitiierten [Leitantrag](#) betonte die Union angesichts des Terrors der Hamas erneut ihre Entschlossenheit, Antisemitismus in allen Ausprägungen zu bekämpfen. Mit Blick auf Deutschland beklagt die Fraktion das „erschreckende Ausmaß des auf Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und dem Nahen und Mittleren Osten basierenden Antisemitismus“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

es war mir als Initiator ein Herzensanliegen, unmittelbar nach der Antisemitismus-Debatte in Berlin für wenige Stunden nach Castrop-Rauxel zu eilen, um der



Beurkundung des Beitritts der Stadt als 77. Mitglied zum Riga-Komitee beizuwohnen, ein Akt der Versöhnung und eine Verpflichtung für die Zukunft. Ich befürchte, dass man die Erinnerungskultur vielerorts lange als Selbstläufer gesehen hat, wobei übersehen wurde, dass die Erinnerung an den Holocaust systematisch und immer wieder neu erarbeitet werden muss, angepasst an die Realität im Land. Die absolute Mehrheit der Deutschen findet laut ARD-Deutschlandtrend, dass die Bundesregierung nicht genug zur Bekämpfung von Juden-Hass unternimmt. Innenministerin Faeser gab uns am Mittwoch für 45 Minuten im Innenausschuss die Ehre, hatte außer Betroffenheitsrhetorik aber nichts Konkretes mitzuteilen. Was wir nicht mehr brauchen, sind Floskeln, von denen sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens im Ernstfall nichts kaufen können. Ich bin froh, dass die Regierung Wüst mit dem Zehn-Punkte-Paket in NRW entschlossen vorangeht. Und so steht Castrop-Rauxel ernst aber auch mit Freude vor einer neuen Aufgabe. Spannen wir gemeinsam, Recklinghausen ist seit 2009 dabei, ein Band der Erinnerung und der Begegnung mit Riga und erfüllen die Urkunde mit Leben.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Irreguläre Migration: Asylwende bleibt weiter aus

Zu den Beschlüssen von Bund und Ländern zu Asyl und Migration in der Nacht zum 7. November hat der Bundestag am Mittwoch auf Verlangen der Union in einer Aktuellen Stunde debattiert. Sie betreffen vorrangig die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten, die Frage der Sozialleistungen für Asylsuchende sowie die Verfahrensbeschleunigung und -digitalisierung. „Das reicht jedoch hinten und vorne nicht“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Er werde nicht zu einer raschen spürbaren Reduzierung der illegalen Zuwanderung führen. „Genau das brauchen aber unsere völlig überlasteten Kommunen“, kritisiert Breilmann. Die Einigung enthalte viele altbekannte Punkte aus früheren Beschlüssen, die auch nach Monaten noch nicht umgesetzt sind. Schon das zeige, dass dies nicht die notwendige Asylwende war. „Wenn die Bundesregierung es ernst meint mit der Bekämpfung von illegaler Migration, muss sie deutlich mehr Tempo machen“, so der Unionspolitiker. Der Kanzler mache viel Wirbel um wenig Substanz. „Er scheint immer noch nicht verstanden zu haben, dass Deutschland eine grundlegend andere Asylpolitik braucht. Die Union hat vor Wochen 26 konkrete Maßnahmen auf den Tisch gelegt“, so Breilmann: „Wir fordern als Union auch weiterhin: Die Zahlen müssen endlich deutlich runter!“

Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Berlin



Die CDU-Landtagsfraktion war zu einer zweitägigen Klausurtagung zu Gast in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin und traf sich auch mit der CDU-NRW-Landesgruppe im Bundestag und dem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz. Dazu spannende Gespräche mit ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten, mit dem Extremismusforscher, Ahmad Mansour und der Vorsitzenden der BILD-Chefredaktionen, Marion Horn, zum Kampf gegen Antisemitismus. CDU-MdB Michael Breilmann nutzte das Treffen auch zum Austausch mit Karl-Josef Laumann, dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. (Bild: Privat)

Castrop-Rauxel tritt Deutschen Riga-Komitee bei



Aufgrund des Ratsbeschlusses auf Initiative von Michael Breilmann erhielt Castrop-Rauxel am 9. November die Urkunde als 77. Mitgliedstadt des Deutschen Riga-Komitee, das sich für das Erinnern an die Deportation von Jüdinnen und Juden aus Deutschland, Österreich und Tschechien in das Ghetto Riga einsetzt. Zuvor kamen der Stadtjugendring, das Kinder- und Jugendparlament sowie Bürger zu einem Schweigemarsch zum Standort der ehemaligen Synagoge zusammen. „Mit dem Beitritt kann die Stadt Toleranz und Verständigung zwischen Kulturen und Nationen fördern“, freut sich MdB Breilmann anlässlich der Übergabe der Urkunde durch Regierungspräsident Andreas Bothe. (Bild: privat)

Deutschland braucht eine einsatzfähige Bundeswehr

Die Union konnte sich mit ihrer Forderung an die Bundesregierung, den Verteidigungshaushalt 2024 um zehn Milliarden Euro gegenüber 2023 zu erhöhen und dauerhaft zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes gemäß der Nato-Vereinbarung für Verteidigung auszugeben, nicht durchsetzen. Der Deutsche Bundestag lehnte den [Antrag der CDU/CSU-Fraktion](#) am Donnerstag ab. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben sich die sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundannahmen fundamental verschoben. Deutschland braucht dringend eine Bundeswehr, die die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen kann. Der Weg dahin ist aber steinig, der Reform- und Nachholbedarf immens. MdB Michael Breilmann: „Wir brauchen einen raschen und einschneidenden Wandel in der Bundeswehr. Die Verteidigungsfähigkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem Wort der „Zeitenwende“ endlich auch konkrete Taten folgen zu lassen.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 40 der 20. Wahlperiode

10. November 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler